

Gemeinsame israelisch-palästinensische Meinungsumfrage

Die Meinung zum Friedensprozess ist weiterhin auf beiden Seiten vom Pessimismus geprägt. Dies spiegelt sich auch in den Ansichten der befragten Israelis und Palästinenser bezüglich des Einflusses der Proteste in Ägypten auf den Friedensprozess wieder sowie die Aussicht auf eine zeitnahe Lösung des Konflikts.

Die gemeinsame israelisch-palästinensische Umfrage vom März 2011 legte die Schwerpunkte auf die Auswirkungen der Demonstrationen innerhalb der arabischen Welt und deren Einfluss auf mögliche Proteste in den Palästinensischen Gebieten. In diesem Zusammenhang war ein weiterer Schwerpunkt die mögliche Gründung eines palästinensischen Staates.

Die wichtigsten Ergebnisse

Generell herrscht sowohl bei Palästinensern als auch bei Israelis weiterhin Pessimismus vor, jedoch hat sich dieser im Vergleich zur Dezemberumfrage abgeschwächt. Beide Seiten sind trotzdem immer noch skeptisch bezüglich der baldigen Gründung eines palästinensischen Staates. Zwar sank auf beiden Seiten die Anzahl derer, die die Chancen für eine Staatsgründung in den nächsten fünf Jahren als nicht existent einschätzen. Zum Vergleich: Im Dezember waren es noch 31% der Israelis und 32,9 % der Palästinenser, während jetzt nur noch 28,8 % der Israelis und 28,8 % der Palästinenser sind. Dennoch spiegelt sich dieser Pessimismus auch in der Frage einer letztendlichen Einigung mit den Palästinensern wider. Rund 55 % der befragten Israelis sehen dies als eine Sache der Unmöglichkeit an.

Auch bezüglich eines anderen Themas sind sich beide Seiten einig. Der Terroranschlag von Itamar, bei dem im Westjordanland fünf israelische Siedler ermordet wurden, wird von einer breiten Mehrheit der Palästinenser abgelehnt (63 %). Auf der israelischen Seite ist die Ablehnung von Siedlergewalt gegen Palästinenser sogar noch größer. 70,8 Prozent der israelischen Juden sprechen sich gegen solche Angriffe aus.

Einfluss der ägyptischen Proteste auf die Palästinensischen Gebiete

Ein Schwerpunkt der Umfrage war, wie sich die weitreichenden Demonstrationen in Ägypten auf die Chancen einer möglichen palästinensischen Staatsgründung innerhalb der nächsten fünf Jahre auswirken. So sehen 72,2 % der palästinensischen Befragten keine gestiegenen Chancen für die Gründung eines palästinensischen Staates durch die Proteste in Ägypten. Die befragten Israelis hingegen sehen diesen Einfluss vergleichsweise positiver. Hier glauben nur 59,6 % an keinen direkten Einfluss auf die Möglichkeit einer Staatsgründung innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Ein weiterer Schwerpunkt wurde mit der Frage gelegt, ob die Proteste in Ägypten und anderen arabischen Ländern mögliche Demonstrationen im Gazastreifen oder dem Westjordanland auslösen könnten. Rund 54 % der befragten Israelis sehen die Chancen für mögliche Proteste im Gazastreifen gegen das Hamas-Regime als nicht existent oder gering an. Ähnlich unwahrscheinlich sehen 50,6 % der israelischen Befragten solche Proteste im Westjordanland gegen die Palästinensische Autonomiebehörde. In dieses Schema fällt auch die Frage, ob die israe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

FELIX DANE
KAI PHILIPP SCHINCK

März 2011

www.kas.de/israel
www.kas.de

lisch-arabische Bevölkerung gegen die israelische Regierung demonstrieren wird. Dies halten 68,7 % der befragten Israelis für unwahrscheinlich. Allgemein sehen 46,6 % der befragten Israelis keinen Einfluss der Entwicklungen in Ägypten und den anderen arabischen Ländern auf eine permanente Lösung des Konflikts.

Dagegen sehen 52,1 % der palästinensischen Befragten einen Bedarf an Protesten mit dem Ziel eines Regimewechsels im Gazastreifen und 46,7 % sehen diese Notwendigkeit im Westjordanland. Die Erfolgchancen möglicher Proteste im Westjordanland mit dem Ziel den Siedlungsbau zu stoppen, werden von nur 12,9 % der befragten Israelis als realistisch eingeschätzt. Jedoch sehen 31,1 % der palästinensischen Befragten mögliche Proteste im Westjordanland als dazu imstande, den Ausbau israelischer Siedlungen aufzuhalten.

Siedlungsstopp

Die Zustimmung zur Räumung eines Großteils der Siedlungen als Teil eines Friedensabkommens mit den Palästinensern ist im Vergleich zur Dezemberumfrage weiter gesunken: Nur noch 38,7 % der jüdischen Israelis befürworten dies im Vergleich zu 42,7% bei der letzten Umfrage. Zudem glauben nur noch 22,8 % der jüdischen Israelis, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung ein Siedlungsstopp unterstützt, verglichen mit 27,7 % im Dezember des letzten Jahres.

Gespräche mit der Hamas

Unter jüdischen Israelis finden Verhandlungen mit der Hamas als Teil eines Abkommens mit den Palästinensern weniger Zuspruch. Während bei der letzten Umfrage im Dezember noch 50,3% Gespräche unter diesen Voraussetzungen befürworteten, sprachen sich bei der aktuellen Umfrage nur noch 47,1 % der befragten israelischen Juden für diese Möglichkeit aus. Interessant hingegen ist, dass nur 28,5 % der israelischen Juden glauben, die Mehrheit der Israelis befürworte solche Gespräche. Hier zeigt sich, dass die Selbstwahrnehmung innerhalb der israelischen Gesellschaft nicht mit der

tatsächlichen Meinung der Bevölkerung übereinstimmt.

Allgemeines Sicherheitsgefühl

Was das allgemeine Sicherheitsgefühl angeht, lässt sich sagen, dass mehr als die Hälfte der Israelis (54,4 %) Angst davor hat, dass sie oder ihre Familie von Arabern verletzt werden. Bei den palästinensischen Befragten ist dagegen ein höheres Sicherheitsgefühl zu beobachten, da 58,9 % glauben, dass ihre eigene sowie die Sicherheit ihrer Familie gewährleistet ist.

Durchführung der Umfrage

Für die Umfrage auf palästinensischer Seite wurden Ende März 2011 1270 erwachsene Palästinenser aus dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem befragt. Die israelische Stichprobe umfasst 601 erwachsene Israelis, deren Einschätzungen in hebräischer, arabischer oder russischer Sprache zwischen dem 17. und 28. März 2011 erfragt wurden. Die Umfrage wurde gemeinsam mit den Büros der KAS in Jerusalem und Ramallah und ihren Partnern, dem Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace und dem Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) durchgeführt.